

01 - Büro der Oberbürgermeisterin
Herr Norbistrath

Datum:
29.08.2022

Antrag

Beschließendes Gremium:
Rat der Hansestadt Lüneburg

Antrag "Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren!" (Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2022, eingegangen am 29.08.2022 um 11:26 Uhr)

Beratungsfolge:

Öffentl. Status	Sitzungsdatum	Gremium
N	07.09.2022	Verwaltungsausschuss
Ö	15.09.2022	Rat der Hansestadt Lüneburg

Sachverhalt:

Siehe Antrag "Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren!" (Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2022, eingegangen am 29.08.2022 um 11:26 Uhr)

Anlagen:

Antrag "Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren!" (Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2022, eingegangen am 29.08.2022 um 11:26 Uhr)

Beratungsergebnis:

	Sitzung am	TOP	Ein-stimmig	Mit Stimmen-Mehrheit Ja / Nein / Enthaltungen	lt. Be-schluss-vorschlag	abweichende(r) Empf /Beschluss	Unterschr. des Protokollf.
1							

2							
3							
4							

Beteiligte Bereiche / Fachbereiche:



Stadtratsfraktion im Rat der Hansestadt Lüneburg

SPD Stadtratsfraktion – Auf dem Meere 14-15 – 21335 Lüneburg

Frau

Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch

Hansestadt Lüneburg

Am Ochsenmarkt 1

21335 Lüneburg

29.08.2022

Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Kalisch,

die SPD-Fraktion im Lüneburger Stadtrat beantragt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Betreiber des Radspeichers am Bahnhof, die erforderlichen Maßnahmen zur umfassenden Modernisierung des Radspeichers zusammenzustellen. Dabei kann schon auf erhebliche Vorarbeiten und bestehende Konzepte zurückgegriffen werden.
2. Die Verwaltung wird ebenfalls beauftragt, die Kosten für diese Maßnahmen zu ermitteln, damit im nächsten Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Dazu müssen bestehende Kostenschätzungen aktualisiert werden.

Begründung:

Als der Radspeicher gebaut wurde, war es eine der ersten Einrichtungen dieser Art in Deutschland und war Vorbild. Die Möglichkeit, das Fahrrad sicher abzustellen ist Voraussetzung, die klimaschonenden Verkehrsmittel Fahrrad, Bus und Bahn zu verknüpfen. Um diese auch in der Zukunft zu gewährleisten und weiter auszubauen, besteht trotz einiger zwischenzeitlicher Anpassungsmaßnahmen ein erheblicher Umbauebedarf.

So ist es erforderlich, den Zugang zu den Abstellanlagen mit einer automatischen Einlasskontrolle zu versehen. Der Diebstahlschutz muss dringend verbessert werden, zumal auch immer hochwertigere Räder dort abgestellt werden. Im Werkstattbereich braucht es eine Abdeckung zwischen dem Erdgeschoss und dem Obergeschoss. Es fehlt an gesicherten Ladestationen für Akkus. Und eine Klassifizierung der Abstellbereiche muss geprüft werden.

Auf dem Meere 14-15
21335 Lüneburg

Tel.: 0 41 31/23 28 59
Fax: 0 41 31/33 104

Sparkasse Lüneburg
IBAN: DE49 2405 0110 0057 0502 54
BIC: NOLADE21LBG

Vorsitzende:
Andrea Schröder-
Ehlers

Email: info@spd-ratsfraktion-lueneburg.de
Internet: www.spd-ratsfraktion-lueneburg.de

Es ist davon auszugehen, dass in einem ersten Schritt mindestens 500.000€ erforderlich sein werden. Notwendig ist es aber, dass die Verwaltung auf Basis der ja bereits bestehenden Konzepte eine aktualisierte Kostenschätzung vornimmt, damit im nächsten Haushaltsjahr entsprechende Mittel eingestellt werden können.

Mit freundlichem Gruß


Andrea Schröder-

-



Stadtratsfraktion Lüneburg
Ratsmitglied Pia Redenius

Bündnis 90/ Die Grünen
Schröderstr. 16
21335 Lüneburg
pia.redenius@rathaus-aktuell.de

Oberbürgermeisterin Kalisch
- Rathaus -

21335 Lüneburg

14.09.2022

Änderungsantrag (Ö23.7) zur Sitzung des Rates der Hansestadt Lüneburg am 15.11.2022

"Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren!"

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen stellt den folgenden Änderungsantrag:

Punkt 1 soll ergänzt werden:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung u.a. mit dem Betreiber des Radspeichers am Bahnhof, die erforderlichen Maßnahmen zur **Ausweitung sicherer Radabstellanlagen (z.B. zukunftsfähiger Neubau)** zusammenzustellen. Dabei sollen **selbstverständlich** Vorarbeiten und bestehende Konzepte **berücksichtigt** werden. **Da diese Maßnahmen sehr umfangreich sind, sollen diese in den NUMP einfließen.**

Punkt 2 soll ersetzt werden durch:

2. Zum möglichst zeitnahen Diebstahlschutz der Fahrräder im Untergeschoss des Radspeichers eine technische Sicherungslösung an den Eingängen einzusetzen. Dafür soll das Obergeschoss kostenfrei zugänglich werden. Die ausgewählte technische Lösung soll bei der Ausweitung von sicheren Radabstellanlagen (vgl. Punkt 1) nutzbar sein. Die Mittel für diese kostengünstigere Sofort-Maßnahme sollen im Haushalt verankert werden.

Die Begründung:

Fahrräder im Lüneburger Radspeicher sind diebstahlgefährdet, daher sollte die Anlage mit einem technischen Schließsystem abgesichert werden. Als erste Maßnahme soll möglichst umgehend eine Lösung gefunden werden das Untergeschoss des Radspeichers nur mit App/ Nutzer*innenkarte zugänglich zu machen (wie z.B. in Kiel, Oldenburg), damit fällt das Einschließen nachts weg. *So soll vor allem Dauerkarten-Besitzer*innen entgegengekommen werden.* Das Obergeschoss soll dann für alle Radfahrende, auch ohne Dauerkarte, zugänglich sein – so wird dann auch die Auslastung des gesamten Parkhauses erhöht. Diese Maßnahme umfasst insgesamt dann deutlich geringere Haushaltsmittel als im SPD-Antrag vorgesehen.

In einem zweiten Schritt sollen Radabstellanlagen in Lüneburg umfangreich betrachtet werden: Möglicherweise muss der Radspeicher neu aufgebaut werden, oder eine größeres Fahrradparkhaus geschaffen werden. Auch die zweite kostenfreie Parklösung am Bahnhof muss in diesem Zuge betrachtet werden. Darüber hinaus fehlt es auch an sicheren Abstellmöglichkeiten in der Innenstadt (Fahrradparkhaus). Ein Schnellschuss für eine umfangreiche und kostenintensive Modernisierung ohne weitere Standorte und Neuaufbau vorher zu betrachten ist zu kurzgedacht und nicht ausreichend zukunftsfähig. **Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung**

Für die Fraktion


Pia Redenius

01 Ratsbüro

über Herrn Fachbereichsleiter Kipke

über Herrn Stadtrat Moßmann

über Frau Fachbereichsleiterin Lucht

über Frau Stadtbaurätin Gundermann

über Frau Oberbürgermeisterin Kalisch

**Antrag der SPD-Fraktion vom 29.08.2022, eingegangen am 29.08.2022, zur Sitzung des Rates am 15.09.2022
„Verkehrswende beschleunigen, Radverkehr stärken, den Radspeicher modernisieren“**

Stellungnahme der Verwaltung

Der Antrag nimmt eingangs die geleisteten Vorarbeiten und bereits bestehende Konzepte zur Modernisierung und Anpassung des Radspeichers an aktuelle Bedürfnisse in Bezug. Ausgangspunkt war seinerzeit ein intensiver Austausch mit dem Betreiber des Radspeichers. Bei dem Austausch ging es neben dem Ziel nach einer Optimierung des Baukörpers im weitesten Sinne (Ausstattung, Praktikabilität, Kapazitätserweiterung, Zugänglichkeit) auch um die Nachrüstung eines automatischen Zugangssystems, das neben einem Sicherheitsgewinn auch die Einnahmeseite gewährleisten sollte.

Die damaligen Pläne sind Grundlage für die aktuellen Prüfungen einer zeitgemäßen Umsetzung. Ferner ist die Modernisierung mit den Zielen einer nachhaltigen Verkehrs- und Mobilitätswende in Einklang zu bringen bzw. um diese Aspekte zu ergänzen und muss sich in die städtebaulichen und infrastrukturellen Planungen im gesamten Bahnhofsumfeld einfügen.

Denn die Modernisierung des Radspeichers als zweifelsohne wichtige Maßnahme ist insgesamt nur als Baustein im Rahmen der Modernisierung des gesamten Bahnhofsumfeldes zu sehen. Am 23.04.2020 wurde durch den Verwaltungsausschuss der Aufstellungsbeschluss für den B-Plan 183 „Bahnhof“ beschlossen. Dieser soll die planerische Grundlage für die bestehenden und zukünftigen Mobilitätsangebote und -bedürfnisse vorbereiten. Erste Überlegungen hierzu sind in der Anlage 3 der VO/8921/20 zu finden.

Vorbereitend wurde im Juli 2019 das Planungsbüro ARGUS entsprechend der Beschlusslage des Verkehrsausschusses (VO/8445/19) beauftragt, eine Neuordnung der Fahrradabstellanlagen im Bahnhofsumfeld mit einem Mehrbedarf von mindestens 700 Rädern zu planen. Aus diesem Grunde wurden die Überlegungen zur Modernisierung des Radspeichers zunächst zurückgestellt.

Die Vorschläge des Büro ARGUS zur Schaffung zusätzlicher Abstellkapazitäten stehen teilweise in Flächenkonkurrenz mit anderen Akteuren oder sind, wie beispielsweise die Ostseite des Bahnhofes von der Bleckeder Landstraße aus ausgesprochen aufwändig bzw. kostenintensiv in der Erschließung.

Unabhängig hiervon ist davon auszugehen, dass die Modernisierung und Ertüchtigung des Radspeichers voraussichtlich mit einem hohen Investitionsvolumen sowie Verbrauch von Personalressourcen (für Planung und Umsetzung) einhergehen wird; eine einfache Adaption und Umsetzung der alten Pläne für eine Umsetzung erscheint nicht geboten. Die damaligen

Entwurfsplanungen für eine alltagstaugliche Zugangskontrolle ohne Rückstau und eine diebstahlsichere Ertüchtigung wurden aufgrund von erheblichen baulichen Umbaubedarfen und zum Teil fehlender Kompatibilität und Wirtschaftlichkeit nicht weiterverfolgt.

Durch einen regelmäßigen Austausch zwischen Hansestadt Lüneburg und RadspeicheR ist es gemeinsam gelungen, wieder einen Nachtverschluss auf der Unterebene für die Nutzer:innen zu ermöglichen. Durch die Zusammenarbeit mit dem Betreiber des Radspeichers wird das Gebäude im Bereich der Werkstatt stets organisatorisch sowie baulich weiterentwickelt.

Der Bereich unmittelbar um den Bahnhof ist sehr begrenzt, in einer Flächennutzungsvereinbarung mit der DB werden den vielfältigen Interessen Rechnung getragen. In den RadspeicheR wird seit Fertigstellung durch Instandhaltungsmaßnahmen (wie zum Beispiel Korrosionsschutz) laufend investiert. Für einen möglichen Diebstahlschutz bzw. eine automatisierte Fahrradschleuse wurde grundsätzlich eine bilanzielle Rücklage gebildet. Ob die bilanzielle Rücklage in Höhe und für die Verwendung der technischen Neuentwicklung steuerrechtlich weiterhin zur Verfügung steht, ist im Rahmen der Kostenschätzung zu prüfen.

Die Verwaltung schlägt vor, den Sachstand auch im übergeordneten Rahmen in ein der kommenden Sitzungen des Mobilitätsausschusses darzustellen und damit die Grundlage für die weiteren Gremienberatungen zu schaffen.

gez. Pusch

Kosten für die Erarbeitung der Stellungnahme: 64 Euro